

FLÜCHTLINGE BRAUCHEN SCHUTZ!

AMNESTY
INTERNATIONAL



Amnesty-Aktion gegen die Verschärfung der Asylpolitik im September 2015 in Berlin.

MILLIONEN MENSCHEN WELTWEIT AUF DER FLUCHT

Sie fliehen vor Krieg, bewaffneten Konflikten und Verfolgung: Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) sind weltweit rund 71 Millionen Menschen auf der Flucht, weil ihnen in ihrer Heimat Tod, Folter, willkürliche Inhaftierung und andere Gefahren drohen. Die meisten von ihnen sind sogenannte Binnenvertriebene, die in andere Regionen ihres Heimatlandes geflohen sind. Fast 30 Millionen Menschen sind laut UNHCR aus ihrem Land geflohen und haben andernorts Schutz gesucht.

JEDER MENSCH HAT DAS RECHT AUF EIN FAIRES ASYLVERFAHREN

Nach Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen. Die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet die Zurückweisung von Menschen, denen in ihrem Heimatland Gefahr für Leib und Leben oder Verfolgung droht.

Alle Asylsuchenden haben Anspruch auf ein faires Asylverfahren, in dem ihre Fluchtgründe geprüft werden, bevor entschieden wird, ob sie internationalen Schutz erhalten. Als Flüchtling gilt, wer in seiner Heimat verfolgt wird – zum Beispiel aufgrund rassistischer Zuschreibungen, der politischen Überzeugung, der Religion, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Asylsuchende dürfen während des Verfahrens nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

FLÜCHTLINGSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Das Asylrecht ist in Deutschland in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschärft worden. Besonders schwerwiegend ist, dass nicht alle Menschen, die vor bewaffneten Konflikten, Folter oder der Todesstrafe Schutz in Deutschland gefunden haben (subsidiär Geschützte), ihre engste Familie gleich nachholen dürfen, sondern oft lange darauf warten müssen.

Seit Ende 2016 schiebt Deutschland außerdem wieder regelmäßig Menschen nach Afghanistan ab, obwohl sich die Sicherheitslage dort dramatisch verschlechtert hat – es gibt so viele zivile Tote und Verletzte wie noch nie. Die Durchführung von Schnellverfahren und die Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Anker-Zentren, die den Zugang zum Rechtsweg und zu unabhängiger Verfahrensberatung erschweren, drohen zu verhindern, dass Schutzbedürftige Schutz erhalten. Die 2019 eingeführte Ausweitung von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam ist menschenrechtlich ebenso bedenklich.

Auch die rassistische Gewalt gegen Asylsuchende und ihre Unterkünfte ist in Deutschland nach wie vor erschreckend hoch. In 2018 gab es nach Angaben der Bundesregierung knapp 2.000 Übergriffe, die von Sachbeschädigung und Körperverletzung bis zu versuchtem Mord reichten.



In Afghanistan kommt es fast täglich zu gezielten Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Am 31. Mai 2017 wurden beispielsweise bei einem Autobombenanschlag in Kabul mindestens 40 Menschen getötet.



© Atlas Filipponi

Flüchtlingskind aus Syrien vor dem neu erbauten Zaun an der griechisch-mazedonischen Grenze im März 2016.

OHNE CHANCEN AUF ASYL

Die EU-Mitgliedsstaaten bemühen sich seit Jahren, ihre Grenzen abzusichern, obwohl schon jetzt vergleichsweise wenige Flüchtlinge nach Europa kommen. Über 80 Prozent aller schutzsuchenden Menschen wird von Nachbarländern ihrer Heimatstaaten aufgenommen. Nur die wenigsten erreichen das wohlhabende Europa – und das auf immer gefährlicheren Wegen.

Laut einer Auswertung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind im Zeitraum von 2014 bis 2018 über 17.800 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer gestorben oder gelten als vermisst. Damit Menschen auf der Flucht nicht ihr Leben riskieren müssen, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten dringend sichere und legale Zugangswege ausbauen.

Amnesty fordert deshalb, dass sich die Mitgliedstaaten verstärkt an Aufnahmeprogrammen für Flüchtlinge, wie etwa dem Neuansiedlungsprogramm („Resettlement“) des UNHCR beteiligen. Außerdem sollten die EU-Mitgliedstaaten humanitäre Visa erteilen sowie den Familiennachzug und private Sponsorenprogramme erleichtern, da diese Instrumente derzeit nur sehr eingeschränkt wirken können.

WAS FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL?

Wir stellen uns der Verantwortung und zeigen, dass Menschenrechte nicht bloß Lippenbekenntnisse sind. Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung des Rechts, Asyl zu suchen. Dazu gehört:

- die Durchführung fairer Asylverfahren, die den Zugang zu unabhängiger Verfahrensberatung einschließen
- die Gewährleistung sicherer und legaler Zugangswege
- die Entwicklung eines solidarischen gemeinsamen europäischen Asylsystems
- die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten



© Amnesty International - Foto: Ali Alsheikh Khedr

Ein syrisches Mädchen in einem Flüchtlingslager im Libanon fordert im Rahmen der Amnesty-Kampagne „Open to Syria“ die internationale Staatengemeinschaft auf, mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN!

Derzeit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Staatengemeinschaft versagt eklatant dabei, angemessen darauf zu reagieren. Die humanitären Programme der Vereinten Nationen wurden jahrelang nicht ausreichend finanziell unterstützt, und viele Industriestaaten zögern weiterhin, Flüchtlinge direkt aus deren Heimatregionen aufzunehmen. Auch in Deutschland haben Asylrechtsverschärfungen dazu beigetragen, dass sich die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen verschlechtert hat. Dabei ist es heute wichtiger denn je, sich zum Menschenrecht, Asyl zu suchen, zu bekennen und sichere Zugangswege und faire Asylverfahren zu gewährleisten. Aktuelle Informationen und Aktionen auf www.amnesty.de/fluechtlinge

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als sieben Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten, oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: www.amnesty.de/spenden

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
 T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: www.amnesty.de
 SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, Oktober 2019, V.i.S.d.P. Franziska Vilmar, Art.-Nr. 32219
 Titelbild: Irakische Flüchtlinge im Lager Nea Kavala, Griechenland, Juli 2016 © R. Burton

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)
[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

